

Nr. 5965/J

II 12299 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1994 -01- 21

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Feurstein , Edeltraud Gatterer
und Kollegen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Anzeigen nach dem Gleichbehandlungsgesetz

Der Anfragebeantwortung durch die Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten Johanna Dohnal, 5386/AB ist zu entnehmen, daß durch die Anwältin für Gleichbehandlungsfragen ab 1. Mai 1993 391 Sachverhaltsdarstellungen in Bezug auf 465 Stelleninserate an die Bezirksverwaltungsbehörden weitergeleitet wurden. Darüber hinaus wurden die Bezirksverwaltungsbehörden über 1181 nicht geschlechtsneutral formulierte Ausschreibungen der Arbeitsmarktverwaltung informiert. Über die Erledigung dieser Sachverhaltsdarstellungen betreffend die nicht geschlechtsneutral formulierten Ausschreibungen der Arbeitsmarktverwaltung enthält die Anfragebeantwortung keine Angaben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A N F R A G E N :

1. Welche maßgeblichen Gründe gab es für die Feststellung der Frau Bundesministerin Johanna Dohnal, daß 1181 nicht geschlechtsneutral formulierte Ausschreibungen durch die Arbeitsmarktverwaltung erfolgten?
2. In wie vielen Fällen wurde von den Bezirksverwaltungsbehörden festgestellt, daß die Ausschreibungen der Arbeitsmarktverwaltung nicht geschlechtsneutral formuliert waren?
3. In wie vielen Fällen kam es zur Durchführung von Strafverfahren?
4. Welche Strafen wurden tatsächlich verhängt (bitte einzeln auflisten)?
5. Wie verteilen sich die Beanstandungen durch die Anwältin für Gleichbehandlungsfragen auf die einzelnen Bundesländer?
6. Nennen Sie bitte die wichtigsten Gründe für die nicht geschlechtsneutral formulierten Ausschreibungen durch die Arbeitsmarktverwaltung?